



TOP



Österreich investiert in Pelletwerke, in Deutschland wird der Absatzmarkt absehbar kleiner.
(Foto: Pro Pellets Austria)

WÄRMEMARKT

GEG: Biomasseheizungsverbot wackelt

Wien/Berlin (energate) - Das geplante Verbot von Biomasseheizungen im Neubau löst Kopfschütteln im Nachbarland Österreich hervor. „Wir wundern uns sehr, wie in Deutschland die Biomasse als erneuerbarer Energieträger ausgebremst wird - und das ausgerechnet durch eine grüne Regierung“, sagte Christian Rakos, Geschäftsführer von Pro Pellets Austria, im Interview mit energate. Rakos vertritt nicht nur die Interessen der österreichischen Pelletbranche, sondern engagiert sich auch international als Präsident der World Bioenergy Association. Den Entwurf des Gebäudeenergiegesetzes, der Pelletheizungen im Neubau ab 2024 ordnungsrechtlich verbieten will, kann er inhaltlich nicht nachvollziehen. Die großen Sägewerke nutzten allesamt anfallende Reststoffe wie Rinde zur Energieproduktion, der „CO₂-Rucksack“ der Biomasseheizung sei entsprechend niedrig, argumentierte Rakos. Auch wenn die LKW-Fahrten zum Transport der Pellets etwas weiter als im kleineren Österreich ausfallen dürften, sei die Ökobilanz besser als die einer Wärmepumpe, die mit dem deutschen Strommix betrieben werde.

SPD meldet ebenfalls Zweifel an

Auch hierzulande mehren sich die Kritiker, die über Opposition und einzelne Bundesländer wie Bayern, das traditionell auf Holzheizungen setzt, hinausgehen. Der Koalitionspartner FDP droht inzwischen mit einem Boykott des Gesetzes und sogar die SPD, die hinter der Grundidee steht, fordert inzwischen Nachbesserungen. „Wir wollen, dass die 65-Prozent-EE-Pflicht durch alle erneuerbaren Erfüllungsmöglichkeiten erbracht werden kann

IN EIGENER SACHE

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

AUFGRUND EINER TECHNISCHEN GROSSSTÖRUNG BEI UNSEREM IT-DIENSTLEISTER SIND ONLINE-DIENSTE VON ENERGATE SEIT DONNERSTAG-ABEND NICHT BZW. NUR EINGESCHRÄNKT VERFÜGBAR. DIES BETRIFFT DIE INFORMATIONSPORTALE DER ENERGATE-MESSENGER-FAMILIE (ENERGATE-MESSENGER.DE, ENERGATE-MESSENGER.CH, ENERGATE-MESSENGER.AT, ENERGATE-MESSENGER.COM), UNSERE NEWSLETTER-DIENSTE UND APPS.

DIE STÖRUNG IST FOLGE EINES CYBERANGRIFFS AUF DAS RECHENZENTRUM EINES EXTERNEN DIENSTLEISTERS, ÜBER DEN VIELE UNSERER WEBSEITEN GEHOSTET WERDEN. UNSER PARTNER UND WIR ARBEITEN MIT HOCHDRUCK AN EINER LÖSUNG, MIT DER WIR SCHNELLSTMÖGLICH WIEDER AUF DEN GEWOHNTE KANÄLEN ERREICHBAR SIND.

BIS DAHIN WERDEN WIR EINEN TEIL UNSERS INFORMATIONANGEBOTS ÜBER DIE WEBSEITE WWW.ENERGATE.DE, DIE NICHT VON DEM AUSFALL BETROFFEN IST, ALS ZWISCHENLÖSUNG ZUR VERFÜGBUNG STELLEN.

FÜR ALLE FRAGEN STEHEN WIR IHNEN JEDERZEIT ZUR VERFÜGBUNG.

IHR ENERGATE-TEAM

(auch Biomasse und Holz)“, heißt es in einem Papier der Planungsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion, das energate vorliegt.

Österreich steht hinter der Biomasse

Im Nachbarland Österreich findet die Pelletheizung dagegen politische Unterstützung. „Wir fördern Pelletheizungen hierzulande sehr aktiv und aktuell sehen wir eine große Investitionswelle in der Pelletwirtschaft“, berichtete Rakos. Während in Deutschland der Zuschuss auf 20 Prozent schrumpfte, gewährt Österreich bis zu 50 Prozent: Maximal 7.500 Euro oder 30 Prozent gibt der Bund, die Länder legen für die neue Heizung zwischen 2.000 und 4.000 obendrauf. Elf Pelletierwerke sind im Nachbarland im Bau und gehen dieses und nächstes Jahr in Betrieb, wodurch die Pelletproduktion um mindestens 30 Prozent steigen wird.

Dementsprechend wenig zufrieden kann Pro Pellets Austria sein, wenn Deutschland sich als Absatzmarkt absehbar verkleinert. Denn nicht nur im Neubau, sondern auch im Bestand soll es die Pelletheizung laut GEG-Entwurf schwerer haben. Verbraucher dürfen eine solche Heizung nur noch einbauen, wenn gleichzeitig eine Solarthermieanlage auf das Dach kommt. Das Argument des

Bundeswirtschaftsministeriums lautet: Die Sonne übernimmt die niedrige Grundlast im Sommer, vor allem zur Wassererwärmung, damit die Pelletheizung komplett ausgeschaltet bleibt, um Emissionen zu sparen. Das sei eine „wunderbare Lösung“, die er selbst ebenfalls zu Hause einsetze, sagte Rakos. Aber viele Haushalte seien mit der Doppellösung wohl finanziell überfordert, bei anderen stehe womöglich auch gar keine entsprechende Dachfläche zur Verfügung. „Gerne lässt sich das zusätzlich fördern, aber der Zwang dazu ist in meinen Augen der falsche Weg“, so Rakos.

Förderprogramm für Industrie

Beim Förderprogramm für die Industrie hat die Bundesregierung anders als beim GEG bereits Nägel mit Köpfen gemacht. Seit dem 1. Mai hat die Elektrifizierung hier Vorfahrt, Biomassenanlagen ab 5 MW werden nur noch gefördert, sofern das Unternehmen nachweist, dass die Stromlösung nicht technisch oder wirtschaftlich zumutbar ist. „Das ist noch absurder, denn für Unternehmen, die Hochtemperaturwärme benötigen, ist Biomasse die mit Abstand günstigste Lösung“, betonte Rakos. Auch der deutsche Branchenverband im BEE teilt diese Einschätzung und kritisierte die entsprechenden GEG-Pläne als „Hinterzimmer-Politik“. /mt

Von Michaela Tix

POLITIK

TRAUZEUGENAFFÄRE

Dena löst Vertrag mit Schäfer auf

Berlin (energate) - Die Deutsche Energieagentur (Dena) hat wie erwartet den Arbeitsvertrag mit Neugeschäftsführer Michael Schäfer vor dessen Amtsantritt wieder aufgelöst. Der Aufsichtsrat und Schäfer hätten dazu eine entsprechende Einigung erzielt, teilte die Dena mit. Ein „Verfahrensfehler“ aufseiten des Bundeswirtschaftsministeriums habe die „herausragende Qualifikation“ von Schäfer überlagert, hieß es zur Begründung. Nach seiner Berufung zum neuen Vorsitzenden der Dena-Geschäftsführung hatte das Bundeswirtschaftsministerium

offengelegt, dass ein enger privater Kontakt zwischen Schäfer und dem Wirtschaftsstaatssekretär Patrick Graichen besteht.

Schäfer will „kein Geld von der Dena“

Graichen war Mitglied der Findungskommission, die Schäfer als neuen Dena-Chef vorschlug, hatte aber verschwiegen, dass Schäfer einst sein Trauzeuge war. Graichen musste in der Zwischenzeit seinen Posten als Staatssekretär räumen. Wie die Dena weiter mitteilte, verzichtet Schäfer auf die Abfindung, die ihm die Dena angeboten hatte. „Weil ich keinen Tag Arbeit für die Dena leisten kann, möchte ich auch kein Geld von der Dena für mich erhalten“, begründete Schäfer diesen Schritt über den Kurznachrichtendienst Twitter.

Derweil hat die staatliche Energieagentur die Besetzung ihres Chefpostens neu ausgeschrieben. Bewerbungen seien bis zum 4. Juni möglich, teilte sie mit. „Die Dena braucht für ihre wichtige Arbeit zur Umsetzung der Energie- und Klimaziele zeitnah die Nachbesetzung des Vorsitzes der Geschäftsführung“, betonte der Dena-Aufsichtsratsvorsitzende Stefan Wenzel. Eine erneute Bewerbung für den Dena-Chefposten schloss Schäfer derweil aus. Damit ist der Vorsitz der Dena-Geschäftsführung bis auf Weiteres vakant. Der bisherige Chef, Andreas Kuhlmann, hat seine Tätigkeit für die Dena inzwischen wie geplant beendet. /rb

Von Rouben Bathke

BERLINER WOCHE KW 19

Von Fehlern zu viel und zu viel Kakophonie – eine Glosse

Berlin (energate) - Was nach dem Graichen-Aus helfen würde, wäre ein sachliche Klimaschutzdebatte. Es war ein Fehler zu viel. Energiestaatssekretär Patrick Graichen muss gehen, weil er eine Förderzusage an den BUND Berlin unterzeichnet hat. Dort sitzt seine Schwester im Vorstand. Das viel kritisierte „System Graichen“ aus Verwandten und Bekannten ist dem Staatssekretär am Ende also tatsächlich zum Verhängnis geworden. Die Compliance-Brandmauer, von der Wirtschaftsminister Robert

BayWa r.e.

We effect change

careers.baywa-re.com

E-world
energy & water
Halle 2
Stand 214

Habeck sprach, hat zu viele Risse bekommen. Der Schritt ist folgerichtig. Und zwar nicht, weil es Zweifel an Graichens fachlicher Qualifikation geben würde. Aber die Angriffsflächen, um weiter seriös politisch handeln zu können, sind zu groß geworden. Jede weitere Entscheidung, die Graichen getroffen hätte, hätte unter „Buddies-Verdacht“ gestanden, wahrscheinlich sogar zu Recht. Viele Weggefährten um sich zu haben, mag angenehm sein, ist aber schlecht für konstruktive Debatten. Gerade in der Auseinandersetzung entstehen in der Regel gute Ideen.

Die Kakophonie, die nach dem Rauswurf Graichens vom Zaun gebrochen ist, zeugt allerdings nicht von großer Konstruktivität. Denn wie schon in den Wochen zuvor, werden verschiedene Dinge vermischt, die Kritik an Graichen und am Gebäudeenergiegesetz. Der CDU-Politiker Carsten Linnemann will das GEG nun ganz stoppen, weil es ja Graichens Gesetz sei. Die FDP argumentiert ähnlich und will das Vorhaben auf Praxistauglichkeit prüfen. Wohlgemerkt: Die Grundlage für das GEG war allerdings keine Order von Patrick Graichen, sondern ein Beschluss im Koalitionsausschuss von SPD, Grünen und FDP im März 2002. Die ehemalige Agrarministerin Julia Klöcker (CDU) fordert nun mehr Transparenz. „Wir wollen vom Wirtschaftsministerium den Aufbau des hausinternen Compliance-Management-Systems, die Compliance-Grundsätze sowie sämtliche damit verbundenen Richtlinien sehen.“ Nur zu Erinnerung: Es geht um die gleiche Politikerin, die in ihrer Amtszeit ein Buddy-Video mit dem Chef von Nestle-Deutschland aufgenommen hat.

Aber vielleicht hilft der Abgang von Graichen, die Debatte wieder zu versachlichen. Den bei all der Aufregung um Graichen und den Heizungshammer haben viele offenbar vergessen, worum es geht: um das Erreichen der Klimaschutzziele. Es würde sehr helfen, wenn etwa die Union, die das Ziel der Klimaneutralität dereinst selbst ausgegeben hat, sagen würde, auf welchem alternativen Weg sie es erreichen will. Bisher ist leider noch nichts Konstruktives zu hören. /kw

Von Karsten Wiedemann



PERSONALIEN

Uniper: CEO Lewis will vor der Sommerpause loslegen

Düsseldorf (energate) - Uniper drückt bei der Neuaufstellung der Konzernführung aufs Tempo. Sowohl der designierte CEO Michael Lewis als auch Carsten Poppinga als neuer Chef der strategisch wichtigen Energiehandelssparte nehmen ihre Arbeit an neuer Wirkungsstätte in Düsseldorf früher auf als bislang geplant.

Lewis, der bislang die Großbritanniensparte von Eon führte, werde seinen Amtseintritt bei Uniper um vier Wochen vorziehen und ab Juni als Vorstandschef von Uniper starten, gab der Konzern bekannt.

„Es ist mir wichtig, noch vor der Sommerpause bei Uniper anzufangen“, sagte Lewis „Wir haben viel zu tun“, blickte er voraus. Sein etatmäßiger Vorgänger Klaus-Dieter-Maubach hatte das Unternehmen bereits vor Monaten verlassen. Im Zuge der Verstaatlichung von Uniper hatte er per Change-of-Control-Klausel gekündigt. Seither steht Deutschlands größter Gasimporteur übergangsweise unter der Führung von Holger Kreetz (COO) und Jutta Dönges (CFO). Das Duo wird sich ab Juni auf die jeweils eigentlichen Aufgaben konzentrieren. Kreetz Vorgänger war David Bryson, der wie Maubach bereits ausgeschieden ist. Dönges ist Nachfolgerin von Tiina Tuomela, die zu dem finnischen Energiekonzern Fortum zurückgekehrt ist.

Carsten Poppinga sollte nach bisherigem Planungsstand ab Oktober 2023 den Posten als Chief Commercial Officer von Uniper übernehmen. Stattdessen nimmt der langjährige Statkraft-Manager seine neue Aufgabe nun ab dem 1. August wahr. Für Uniper bedeutet dies einen nahtlosen Übergang vom bisherigen CCO Niek den Hollander. Dieser tritt per Ende Juli zurück. Die Trennung verlief in gutem Einvernehmen. /pa

Von Philip Akoto

IMPRESSUM

Herausgeber & Verlag:

ener|gate gmbh
Norbertstraße 3-5
D-45131 Essen

Handelsregister: Amtsgericht Essen HRB 24811
Sitz der Gesellschaft: Essen

Geschäftsführung: Marc Hüther, Christoph Krug
Chefredakteur: Christian Seelos

Die gesamte Redaktion finden Sie unter
www.energate.de/redaktion

Kundenservice:

Telefon: +49 201 1022-500
kundenservice@energate.de

Redaktionsanschrift:

Norbertstraße 3-5, D-45131 Essen
Telefon: +49 201 1022-500
redaktion@energate.de

Redaktionsanschrift Berlin:

Jagowstraße 17, D-10555 Berlin
Telefon: +49 30 880013-100

Redaktionsanschrift Schweiz:

Ringstrasse 28, CH-4600 Olten
Telefon: +41 62211-6307
redaktion@energate.ch

Anzeigenverwaltung:

Sebastian Engels
Telefon: +49 201 1022-516

Abonnement: Der energate messenger+ erscheint werktäglich im HTML- und PDF-Format und wird per E-Mail versendet. Das Abonnement kostet zurzeit 189,- € (zzgl. MwSt.) monatlich und beinhaltet ein Add-on nach Wahl. Weitere Add-ons sind hinzubuchbar. Abonnenten haben zusätzlich Zugriff auf das Nachrichtenportal www.energate-messenger.de und die energate-App. Preise für Team- und Unternehmenslizenzen auf Anfrage.

Haftungsausschluss & Copyright: Sämtliche Informationen des energate messenger+ wurden mit höchster Sorgfalt erstellt. Für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität der Daten kann jedoch keine Gewähr übernommen werden. Alle Inhalte des energate messenger+ sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Speicherung in elektronischen Systemen und das Weiterleiten per E-Mail.

 STROM

NEUKUNDENAKQUISE

Vergleichsportale bauen Marktdominanz aus

Berlin (energate) - Auf der Suche nach einem neuen Stromanbieter werten die meisten Verbraucher Angebote in Online-Vergleichsportalen aus. Die Plattformen haben sich damit zum wichtigsten Kanal für die Neukundenakquise entwickelt. Knapp zwei Drittel der Wechselwilligen informierten sich über Check 24, Verivox und andere Portale über Stromtarife, hat der Digitalverband Bitkom ermittelt. Gut die Hälfte zog bei der Wahl eines neuen Stromanbieters die Empfehlungen aus dem Freundes- und Bekanntenkreis zurate. Bei einer Befragung im vergangenen Jahr waren die persönlichen Empfehlungen noch wichtiger als die der Plattformen. Wichtiger Faktor bei der Tarifwahl sind zudem die Bewertungen von Verbraucherschützern. 40 Prozent der Wechselwilligen lasen Testberichte von zum Beispiel Stiftung Warentest, zeigt die Bitkom-Umfrage. Eine untergeordnete Rolle spielten die Websites der Energieversorger selbst oder Zeitungsartikel.

Generell hat den Angaben von Bitkom zufolge die Wechselbereitschaft zugenommen. „Der Wettbewerb auf dem Strommarkt ist in den letzten Jahren größer geworden und wurde durch die Energiekrise nochmals beschleunigt“, sagte Bitkom-Hauptgeschäftsführer Bernhard Rohleder. Im vergangenen Jahr wechselte jede und jeder Sechste den Stromanbieter. Je jünger die Befragten, desto eher suchen sie nach besseren Angeboten. Wichtig bei der Auswahl: der Preis und Ökostrom-Kriterien. /kj

Von Katharina Johannsen

 GAS & WÄRME

VERSORGUNGSSICHERHEIT

Studie: Europäische Solidarität hilft gegen Gaskrise

Zürich (energate) - Für die meisten Länder Europas ist ein gemeinsames Vorgehen bei der Gasversorgung im kommenden Winter von Vorteil. Zu dieser Einschätzung kommt eine aktuelle Studie der ETH Zürich. Eine solidarische Zusammenarbeit der Staatengemeinschaft kann demnach eine Energieknappheit vermeiden. Dazu müssten die Länder entsprechende bilaterale Abkommen schließen, in denen sie sich verpflichten, sich bei Gasknappheit gegenseitig zu helfen. Ein Land würde seinen Energiebedarf also freiwillig senken, um andere Länder, denen eine Mangellage droht, zu unterstützen. Diese notwendigen, freiwilligen Verbrauchsreduktionen fallen demnach für die Länder vergleichsweise harmlos aus. Zudem sei ein solidarisches Vorgehen auch das kosteneffizienteste, so die Forschenden. Schwere Gasmangellagen könnten so vermieden werden.

Von einem gemeinsamen Vorgehen profitieren würden insbesondere die osteuropäischen Länder, die vor dem Krieg in der Ukraine mit russischen Pipeline-Gas versorgt wurden. Denn durch den Umstieg auf LNG-Gas seien nun die Länder im Süden und Westens die Eintrittspforten für Gas. Die Länder im Osten und Südosten stünden hingegen am Ende der Versorgungskette. Die europäische Gasinfrastruktur sei für diese Verlagerung der Ströme nicht ausgelegt, erläuterte Paolo Gabrielli, Mitautor der Studie. Bei hoher Gasnachfrage erreichten die grenzüberschreitenden Pipelines ihr Limit, vor allem in Südosteuropa: „Dies ist der Grund, warum Südosteuropa besonders verletzlich für eine Gasknappheit und auf Abkommen mit anderen Ländern angewiesen ist.“



EXPERTEN IM GESPRÄCH

Der WAGO Energy Tech Talk liefert Wissen aus erster Hand – im kompakten Videoformat

Mehr erfahren!



Länder Mitteleuropas haben bei Egotrip mehr Gas

Anders sieht es hingegen in Deutschland, den Niederlanden, Belgien, Österreich und der Schweiz aus. Sie hätten bei einem egoistischen Vorgehen mehr Gas zur Verfügung. Aber, so mahnen die Autoren, dadurch würde das Gas in anderen Ländern knapp: „Leidtragende wären vor allem Länder im Osten des Kontinents: von Finnland über das Baltikum bis in den Balkan.“

Die Wissenschaftler sprechen sich daher dafür aus, die Verteilung und Nutzung von Gas auf politischer Ebene länderübergreifend zu koordinieren. Außerdem müssten die Anreize für Privatpersonen und Unternehmen in ganz Europa erhöht werden, ihren Gasverbrauch zu senken, wo immer dies möglich sei. Dies gelte auch dann, wenn keine unmittelbare Knappheit bestehe. Dies helfe, die Gasspeicher möglichst gefüllt zu lassen, um für einen kalten Winter gewappnet zu sein.

Forscher: Klimaauswirkungen und Abhängigkeit reduzieren

Die ETH-Wissenschaftler analysierten in ihrer Studie das gesamte Energiesystem, also neben Gas auch andere Energieträger und das Elektrizitätsnetz. So berechneten sie, dass sich 15 Prozent des ausfallenden russischen Erdgases auch kompensieren ließe, wenn Gaskraftwerke abgeschaltet und stattdessen wieder vermehrt Kohle zur Stromerzeugung eingesetzt würde. Allerdings würde diese Maßnahme die Treibhausgasemissionen in den Bereichen Strom- und Wärmeerzeugung um fünf Prozent erhöhen.

Studienautor Gabrielli mahnte, Europa müsse die richtigen Schlüsse aus der Energiekrise ziehen: Zwar hätten die LNG-Importe die Gasversorgung in Europa stabilisiert, aber: „Es ist gefährlich, bei der Energieversorgung von einem fremden Land abhängig zu sein. Andere Länder als Lieferanten zu nutzen, verschiebt die Abhängigkeit bloß“, gab er zu bedenken. Um neue Abhängigkeiten sowie schädliche Auswirkungen auf das

Klima zu vermeiden, empfehlen die Forschenden, das derzeitige Momentum zu nutzen, um verstärkt in die heimische Energieversorgung, erneuerbare Energien, die Elektrifizierung und das europäische Stromnetz zu investieren. /sd

Von Stefanie Dierks



NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN

NUTZUNGSVERTRAG

Versorgerallianz sichert sich Zugang zu 450-MHz-Netz

Bonn (energate) - Der Aufbau des 450-MHz-Funknetzes schreitet weiter voran. Die in der Versorgerallianz zusammengeschlossenen Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft haben mit dem Frequenzinhaber 450 Connect einen Vertrag zur Nutzung geschlossen. Für die Versorgungsbranche ist das Funknetz für den sicheren Betrieb kritischer Infrastruktur von großer Bedeutung, denn es macht es möglich, Millionen von dezentralen Anlagen sicher zu steuern. Nach langen Auseinandersetzungen konnte sie sich die 450 Connect die Frequenz im Jahr 2021 sichern. Die Allianz ist dabei auch direkt an 450 Connect beteiligt, ebenso wie Eon und Alliander.

Mit dem geschlossenen Rahmenvertrag können die mehr als 60 Unternehmen der Versorgerallianz die Funkdienste der 450 Connect nutzen. In Notlagen, etwa bei Überschwemmungen oder Stromausfällen, lässt sich das 450-MHz-Funknetz zudem für die Krisenbewältigung nutzen. „Versorgungs- und Entsorgungsnetze gehören zur unverzichtbaren kritischen Infrastruktur“, erklärte Frederik Giessing, Geschäftsführer der 450 Connect GmbH. Sie müssten bestmöglich geschützt sein und auch bei Naturkatastrophen oder anderen Krisen funktionieren.

/ Flexibilitätsmanagement

§ 14a EnWG: Challenge accepted.

Starten Sie jetzt mit
unseren Lösungen.

 **KISTERS**



Für den Aufbau des 450-MHz-Funknetzes sind laut Betreiberangaben rund 1.600 Funkstandorte erforderlich, deutlich weniger als bei Mobilfunknetzen. Ein erster Testbetrieb startete Ende März in der Region Mittelrhein zwischen Nordrhein-Westfalen und Rheinland-

Pfalz. Unter anderem werden im Ahrtal Sensoren und Pegel in das 450-MHz-Funknetz integriert, um die Hochwasservorsorge in dem von der Jahrhundertflut 2021 betroffenen Gebiet zu verbessern. /kw
Von Karsten Wiedemann



30
JAHRE
GISA

WE CELEBRATE IT.

Wir leben IT & lieben Energie – und das seit 30 Jahren. GISA ist Ihr Partner für die digitale Transformation. Mit Kompetenz und Leidenschaft gestalten wir Zukunft!

Besuchen Sie uns auf der E-world 2023 und tauschen Sie sich mit unseren IT-ExpertInnen aus über IT-Plattformen, Cloud Services, Lösungen für Smart Meter & Smart Energy, Meter2cash mit SAP und powercloud, smarte GIS-Lösungen, IoT Use Cases und vieles mehr!

Halle 3, Stand 348. Jetzt anmelden!
gisa.de/eworld

an NTT DATA
Business Solutions
Company

GISA[®]
That's IT.

ENERGIEPOLITIK

Industrie erhält grünes Licht für Strompreiskompensation

Wien (energate) - Die Bundesregierung (ÖVP/Grüne) hat das Strompreiskosten-Ausgleichsgesetz (SAG 2022) finalisiert. Das schon länger geplante Gesetz soll indirekte CO2-Kosten bei Industrieunternehmen zu 75 Prozent ausgleichen. Der Fördertopf umfasst 233 Mio. Euro. Das vorerst nur für ein Jahr geltende Gesetz muss noch vom Parlament beschlossen und von der EU-Kommission in Brüssel genehmigt werden. Das SAG ist Teil der staatlichen Antiteuerungs-Maßnahmen der Regierung und legt den Fokus auf international tätige Großunternehmen mit einem jährlichen Verbrauch über einer Mio. kWh, die unter das EU-Emissionshandelsystem ETS fallen. Die Anträge können ab Herbst gestellt werden. Ausbezahlt wird über die Förderbank AWS bis Ende 2023. Nach dem Strompreiskompensationsmodell wird Unternehmen in EU-Ländern seit 2013 ein Teil der indirekten CO2-Kosten erstattet, um vergleichbare Wettbewerbsbedingungen mit außereuropäischen Konkurrenten zu erlauben. Bereits 15 EU-Mitgliedsstaaten, darunter Deutschland, Frankreich, Spanien, machen davon Gebrauch.

Modell bis 2030 verlängern

Mit der Strompreiskompensation hat die Regierung einen "eklatanten Wettbewerbsnachteil für die heimischen Unternehmen gegenüber der Konkurrenz in und außerhalb von Europa" noch rechtzeitig behoben, sagte der Präsident der Industriellenvereinigung (IV), Georg Knill. In einem nächsten Schritt müsste das Instrument bis 2030 verlängert werden, so der IV-Präsident. Durch die Förderung indirekter CO2-Kosten zugunsten der energieintensiven Industrie hatte "unser Nachbarland Deutschland in der Vergangenheit entscheidende Standortvorteile für die Industrie", sagte Sigi Menz, Obmann der Bundessparte Industrie in der WKO. Weiters gibt es auch den mit 450 Mio. Euro budgetierten Energiekostenzuschuss. Der Bezug beider Förderungen gleichzeitig ist jedoch in Österreich nicht erlaubt. Im Gegensatz zu Deutschland, wo eine Förder-Kombination möglich ist. Offen sind auch noch die Rahmenbedingungen für den ebenfalls seit längerem angekündigten Energiekostenzuschuss II. **/imk**
Von Irene Mayer-Kilani

ENERGIEWIRTSCHAFT

Verbund: Angebote für die Industrie jenseits des Stromverkaufs

Wien/Essen (energate) - Verbund baut Geschäftsmodelle jenseits der reinen Erzeugung und Lieferung von Energie aus. Mit Flexibilitäten im Lastmanagement, Kooperationen bei PV und Ladepunkten für Elektroautos richtet sich der Versorger gezielt an die Industrie und den Mittelstand. Neue Angebote rund um diese drei Bereiche will der österreichische Konzern auf der Energiefachmesse

E-World vorstellen, die vom 23. bis 25. Mai in der deutschen Stadt Essen stattfinden wird. Auch energate ist auf der E-World, einer der größten Energiemessen Europas, umfassend vertreten.

Lastmanagement: Von der Regelreserve bis Intraday

Industriebetriebe sowie Betreiber von Windparks, PV-Anlagen und Batteriespeichern, die Erzeugung und Verbrauch flexibel verschieben können, können damit am Strommarkt Geld verdienen. Verbund ist bei der Organisation dieses Demand Side Managements in Österreich seit Jahren tätig. Auch in Deutschland bietet das Unternehmen als Direktvermarkter Vermarktungslösungen für Anlagen innerhalb und außerhalb des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes (EEG) an. Dabei geht es sowohl um die Vermarktung am Regelreservemarkt als auch um schnelle Reaktionen am Intraday-Markt, den Algorithmen automatisiert über Handelsplattformen steuern.

Photovoltaik für die Industrie

Industriebetriebe in Österreich können sich über ein „Betreibermodell“ eine Photovoltaikanlage installieren lassen, um dann „nahezu 100 Prozent“ des erzeugten Stroms vor Ort in der eigenen Produktion verbrauchen. Verbund übernimmt und zahlt die Errichtung der Anlage. Der Versorger vereinbart dann mit dem Kunden einen Fixpreis für den erzeugten Strom, der „garantiert langfristig günstiger“ sei als bei Netzbezug. Verbund betont, „kein klassischer Anlagenbauer“ zu sein, sondern eine gesamtwirtschaftliche Sicht auch auf die Märkte zu haben und die Anlagen auf das Verbrauchsprofil der Kunden abstimmen zu können. Zu diesen gehören inzwischen Industriekonzerne wie OMV, Borealis, Lafarge oder Voestalpine. Beim oberösterreichischen Textilhersteller Lenzing beispielsweise sind seit dem Vorjahr zwei Anlagen mit insgesamt 654 kW in Betrieb, die 700.000 kWh Strom erzeugen.

„Langsames Laden“ auf Parkplätzen im Wohnbau

An Wohnbaugesellschaften und Eigentümer sowie Verwalter von Immobilien richtet sich das Angebot, Stellplätze in Tiefgaragen und auf Freiflächen mit einem Ladepunkt auszurüsten. Dauerparker, Mieterinnen und Mitarbeiterinnen können diese dann nutzen. Verbund übernimmt dabei die Planung, die Errichtung und den Betrieb. „Unternehmen haben dadurch weder ein technisches noch ein finanzielles Risiko“, so der Versorger. Das Paket umfasse auch Lademanagement, europaweites Roaming und Reporting, Abrechnungsservice, Stationsmanagement mit einer telefonischen Hotline, Betrieb sowie Monitoring. Partner dieses Angebots ist der Parkplatzverwalter Payuca sowie der Ladesäulenbetreiber Smatrics, der mehrheitlich zum Verbund gehört.

Verbund ist der größte Versorger in Österreich und einer der größten Stromerzeuger mit Wasserkraft in Europa. Der Erneuerbarenanteil an der Stromerzeugung beträgt 97 Prozent. Im Vorjahr erzielte der Konzern mit 3.500 Beschäftigten ein Ergebnis von 1,717 Mrd. Euro. **/pm**

Von Peter Martens

SCHWEIZ

FACHKRÄFTEMANGEL

Wärmepumpen-Verbände starten Bildungsoffensive

Olten (energate) - Hersteller von Wärmepumpen suchen händeringend nach Fachkräften, wie es in einer Mitteilung des Verbands Gebäude Klima Schweiz (GKS) heisst. Abhilfe soll unter anderem ein neuer Quereinsteiger-Kurs schaffen. Wie das Bundesamt für Energie (BFE) auf seinem Online-Portal schreibt, haben GKS und die Fachvereinigung für Wärmepumpen den Kurs initiiert, mit Unterstützung von Energie Schweiz, dem BFE-Programm für Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Der Kurs soll demnach ab August 2023 monatlich angeboten werden und richtet sich insbesondere an bereits ausgebildete Fachkräfte im Bereich der fossilen Heizsysteme. Servicetechniker Öl/Gas können sich dabei lauf BFE in acht Tagen das nötige Wissen aneignen, um auch an Wärmepumpen selbständig die gängigsten Servicearbeiten vorzunehmen.

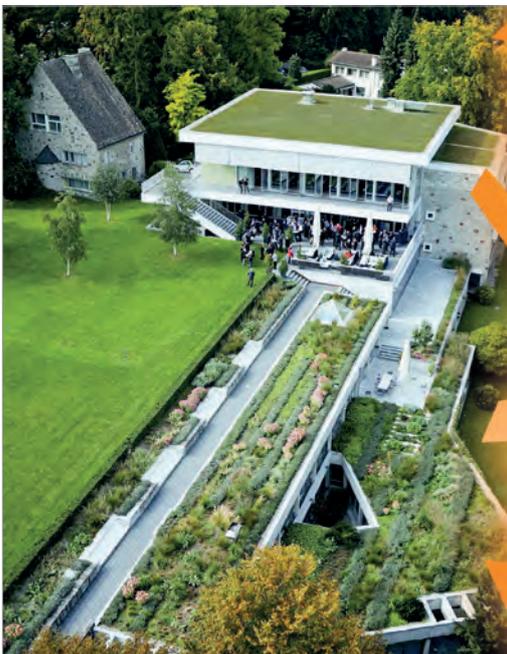
Jedoch reicht die Umschulung bestehender Mitarbeiter allein nicht aus, wie aus einer Mitteilung vom GKS hervorgeht, der Hersteller und Lieferanten von Heizungs-, Lüftungs- und Klimatechnik vertritt. Demnach wurden 2022 schweizweit 23 Prozent mehr Wärmepumpen verkauft als im Vorjahr - der Markt boome. Entsprechend rüsten Hersteller mit neuen Produktionsanlagen auf. Zugleich brauche es mehr Servicefachleute, die sich mit Wärmepumpen auskennen. Neben Quereinsteigern ist die Branche auch auf neue Fachkräfte angewiesen. Die GKS habe deshalb den Lehrgang „Fachfrau/Fach-

mann“ für Wärmesysteme ergänzt. Neu werde auch ein Einführungsmodul angeboten. So seien Mitarbeiter schneller eingearbeitet und könnten innert kürzester Zeit erste Arbeiten übernehmen. /mj
Von Marcel Jud

POWER-TO-HEAT

P2H-Anlage von Future Hub Region Thun soll noch dieses Jahr ans Netz

Thun (energate) - Future Hub Region Thun will in der Kehrlichtverbrennungsanlage Thun eine 20-MW-Power-to-Heat-Anlage (P2H) realisieren. Sie soll im vierten Quartal dieses Jahres in Betrieb gehen, wie die Energie Thun AG mitteilt. Bei der Vorstellung ihrer Zahlen für das Geschäftsjahr 2022 hatte Energie Thun auch die letztjährige Gründung des Future Hub als Joint Venture mit der Avag Umwelt AG hervorgehoben. Letzterer realisiert die P2H-Anlage im Untergeschoss der Kehrlichtverbrennungsanlage Thun. Sie soll fünf Mio. Franken kosten, wie es an der Generalversammlung der Energie Thun hiess. Die in der Anlage erzeugte Wärme werde in bestehenden Grossspeichern zwischengelagert, bevor sie ins Netz abgegeben wird. Power-to-Heat, abgekürzt PtH oder P2H, nennt sich der Prozess, bei dem Elektroenergie zu Wärme umgewandelt wird. Damit können Stromüberschüsse, die bei der schwankenden Einspeisung von Sonnenenergie entstehen, für die Wärmebereitstellung genutzt werden, was wiederum hilft, das Stromnetz zu stabilisieren. Diese Dienstleistung wird von der nationalen Netzgesellschaft Swissgrid immer mehr nachgefragt und entsprechend entlohnt. /at
Von Andreas Tschopp





VERTEILNETZ FORUM

PARTNER





20. Juni 2023

Gottlieb Duttweiler
Institute, Rüslikon

Versorgungssicherheit
Regulierung
Grundversorgung
Netzoptimierung
Energiewende

NETZMANAGEMENT MEHR INTELLIGENZ FÜR IHR NETZ

In Zeiten der Energiewende benötigen Sie ein intelligentes und transparentes Netzmanagement?

Kein Problem!
Wir von Aidon sind Marktführer für Smart Grid und Smart Metering in Skandinavien und bieten Ihnen die passende Lösung für Ihre Herausforderungen.

Sie wollen mehr erfahren?
Treffen Sie uns vom
23. bis 25. Mai
auf der E-world
in Halle 3 Stand 456.



Aidon

